



Antrag

Fraktion DIE LINKE

1. September: Weltfriedenstag/Antikriegstag - Dialog statt Aufrüstung

Der Landtag wolle beschließen:

Der 1. September ist der Gedenktag für den Frieden. Er erinnert an den Beginn des 2. Weltkrieges durch den Überfall der Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939. Seit den 1950er Jahren wurde an diesem Tag auf beiden Seiten des geteilten Deutschlands gemahnt: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.“

Mit der weltweiten Zunahme von Kriegen und Krisenherden ist diese Verpflichtung aktueller, aber auch gefährdeter denn je.

Kriege, ob in der Ukraine, in der arabischen Welt, in Afrika, aber auch Armut, Hunger und Umweltzerstörung treiben Menschen in die Flucht - so viele wie seit 1945 nicht mehr. Nur wenige der Flüchtenden finden den Weg nach Europa und nach Deutschland. Neben der Solidarität und der Hilfe für Geflüchtete müssen wir auch die Fluchtursache Krieg bekämpfen.

Stattdessen erleben wir eine Zunahme von Militärmanövern seit Ende des Kalten Krieges. Sie ist Teil einer Abschreckungsstrategie der NATO und damit der Bundeswehr. Statt Dialog und Kooperation, besonders mit Russland, antwortet das Militärbündnis mit Aufrüstung. Die Bundeswehr ist inzwischen eine weltweit einsatzfähige Interventionsarmee, mit der Folge steigender Militärausgaben im Haushalt. 2016 erreicht der Militäretat im Bundeshaushalt mit 35 Mrd. Euro den bisher höchsten Stand - ein Anteil von 11 Prozent am Gesamtetat. Gleichzeitig forciert das Bundesinnenministerium den Einsatz der Bundeswehr im Inland und verunsichert mit der aktuellen „Konzeption Zivile Verteidigung“.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt kämpft gegen Militarisierung und für Frieden.

Die Drucksache 7/278 wird hiermit für nichtig erklärt.

(Ausgegeben am 30.08.2016)

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- a) den weiteren Ausbau des Gefechtsübungszentrums in der Colbitz-Letzlinger-Heide sowie der Truppenübungsplätze in Klietz und Altengrabow zu stoppen,
- b) ein Konzept und einen Zeitplan für die Schließung der Truppenübungsplätze sowie für eine zukünftige naturverträgliche und touristische Nutzung vorzulegen,
- c) für Transparenz und Offenlegung bei Vorhaben der Bundeswehr im Land zu sorgen sowie die kommunale Gestaltungshoheit zu wahren,
- d) die Bürgerinnen und Bürger direkt an Entscheidungen zur Konversion und Nachnutzung der militärischen Übungsplätze zu beteiligen,
- e) einen jährlichen Konversionsbericht vorzulegen, der den aktuellen Stand der Konversion im Land sowie die Konversionsaktivitäten der Landesregierung erläutert und
- f) Friedensbildung als Bestandteil des Schulunterrichts und der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung zu verstärken und Bundeswehrauftritte an Schulen zu beenden.

Begründung

Am 1. September ist Weltfriedenstag/Antikriegstag. Er erinnert daran, dass Kriege nicht irgendwie entstehen, sondern von Menschen gemacht sind. Aufrüstung, Waffenexporte und Konfrontation beginnen vor Ort, in Deutschland. „Kampfjets simulieren Krieg“ titelte am 17. August 2016 die Zeitung Märkische Allgemeine. Sie beschrieb eine Truppenübung in Altengrabow im Jerichower Land, wo Mitte August 2016 ca. 250 Bundeswehrsoldaten zwei Wochen mit scharfer Munition schossen. Bestandteil des Manövers waren ursprünglich auch Bombenabwürfe von Tornado-Jagdbombern. Diese wurden erst kurzfristig wegen „technischer Probleme“ abgesagt und wären nach 1990 wieder erstmalig gewesen.

Diese Bundeswehr-Übung im Fläming diente nach Zeitungsberichten auch der Bildung einer „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF), der NATO-Speerspitze, einer schnellen Eingreiftruppe. Die Bundeswehr übernimmt dafür eine zentrale Rolle bei der Führung und Koordinierung. Der Betrieb und Ausbau der militärischen Übungsplätze für Kriegseinsätze ist aus friedenspolitischen, umweltpolitischen, sozialen und demokratischen Gründen abzulehnen.

Sachsen-Anhalt verfügt mit dem Truppenübungsplatz Altmark, seit 2001 Gefechtsübungszentrum Heer (GÜZ), in der Colbitz-Letzlinger Heide über einen der größten militärischen Ausbildungsplätze in Europa für Kriegseinsätze. Trotz des Landtagsbeschlusses von 1991 zur ausschließlichen friedlichen Nutzung der Kulturlandschaft Colbitz-Letzlinger Heide sowie des „Heidekompromisses“ von 1997 zur zivilen Nutzbarmachung des südlichen Heidegebiets, wurde dieser sogar noch um die künstliche Kampfstadt „Schnöggersburg“ ausgebaut. 2012 erfolgte dazu unter Ausschluss der Öffentlichkeit der erste Spatenstich. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene für die Schließung dieser Bundeswehrstandorte in Sachsen-Anhalt einsetzen und ei-

nen Konversionsbericht sowie –plan vorlegen. An den Schulen und in der Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern soll Friedensbildung verstärkt stattfinden sowie die Auftritte der Bundeswehr an Schulen beendet werden. Militarisierung von Politik höhlt langfristig Demokratie und Zukunftsfähigkeit aus. Aus diesem Grund bedarf es einer öffentlichen Debatte zu diesem Thema, gerade am 1. September.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender